

Kreisverband Tuttlingen

Kreistagsfraktion

FWV TUT, Schultheiß-Koch-Platz 1, 78647 Trossingen

Fraktionssprecher:

Dr. Clemens Maier

Schultheiß-Koch-Platz 1

78647 Trossingen

Tel. 07425/25-100

Fax: 07425/25-106

dr.clemens.maier@trossingen.de

12.12.2019

Haushaltsrede 2020

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Haushaltsplanberatungen sind dazu da, gemeinsam zu überlegen, welche Projekte im kommenden Jahr angegangen und umgesetzt werden sollen, und wofür das vorhandene Geld ausgegeben werden soll. Immer wieder kommt es auch vor, dass nicht nur über das vorhandene Geld beraten wird, sondern auch über das nicht-vorhandene.

Erfahrungsgemäß tut dies dem Verlauf der Beratungen aber keinen Abbruch, sondern mit dem Argument, dass Ausgaben notwendig und unverzichtbar seien, überwindet man über die Hürde des nicht-vorhandenen Geldes relativ leicht und elegant.

Und noch leichter nimmt man die Hürde, dass Ausgaben mit nicht-vorhandenem Geld gedeckt werden sollen, wenn man dann noch die Möglichkeit hat, Geld von Dritten zu beschaffen, und sich der Dritte nicht einmal dagegen wehren kann.

Das Ergebnis der Vorberatungen in den Ausschüssen war:

Mehrausgaben gegenüber dem Entwurf des HHPlanes, wie er von der Verwaltung vorgelegt worden war, von 2,54 Mio €.

Wenn das das Ergebnis von Haushaltsplanberatungen ist, dann wäre es aus Sicht der Finanzen des Kreises vielleicht besser, ganz auf Beratungen zu verzichten. Denn eigentlich stehen die Zeichen der Zeit auf Sparen!

In die Beratungen gestartet sind wir von folgender Ausgangsposition:

Fazit im Vorwort des Haushaltsplanes Seite 46: „Der Ergebnishaushalt kann nur unter Zuhilfenahme von Sonderergebnissen (Verkauf Gebäude Zeppelinstraße 15, Tut) ausgeglichen werden.“

Das heisst zu deutsch: ohne dieses Sonderergebnis hätten wir schon vorher ein negatives Ergebnis erzielt. Und nun wird es, als Ergebnis der Beratungen, mit – 2,1 Mio € tatsächlich negativ.

Die Finanzverhandlungen mit dem Land haben sich vor zwei Tagen geklärt, eine erste Hochrechnung unseres Kreiskämmerers ergibt dadurch eine Mehreinnahme für die Flüchtlingskostenerstattung von 0,8 Mio €, deshalb das leicht verbesserte Ergebnis gegenüber dem Abschluss unserer Beratungen. Vielen Dank, Herr Bernhard, für die schnelle und transparente Lieferung dieser Zahlen!

Ein deutlich negatives Ergebnis also, und das in Zeiten mit Steuereinnahmen auf Rekordhöhe! Das ist so nicht tragfähig. Die schwarze Null gilt wohl nur für andere....

Warum also gelingt dieses Jahr kein zumindest ausgeglichener Haushalt, und wie entwickelt sich die Verschuldung des Kreises?

Diese reduziert sich im Jahr 2020 wie geplant um 2,55 Mio € von 31,58 Mio auf 29,03 Mio €. Auf den ersten Blick ein erfreulicher Wert.

Aber: Die Entnahme von 10,7 Mio € aus Rücklage Nachsorge Deponie für den Erweiterungsbau als Inneres Darlehen wäre ansonsten kreditfinanziert gewesen! Auch diese Rücklage muss in der Zukunft aus dem Kreishaushalt wieder aufgefüllt werden, denn sie ist nicht mehr gebührenfähig, da ja bereits erhoben!

Und wenn uns das nicht gelingt, und darauf deutet einiges hin, denn schon in diesem guten Jahr haben wir keinen Überschuss aus dem Ergebnishaushalt, dann werden aus diesen inneren Darlehen plötzlich äußere Darlehen, und unsere Verschuldung steigt um weitere 10,7 Mio € an.

Wenn wir uns also über eine Verschuldung des Kreises von „nur“ 29 Mio freuen, dann sollten wir diese 10,7 Mio durchaus dazu denken, und kommen dann nach Adam Riese auf fast 40 Mio € - unsere magische Schuldengrenze, die wir eigentlich nie überschreiten wollten, aber schon jetzt, in diesem guten Jahr, de facto erreichen.

Zudem ist festzustellen, dass ein massiver Abbau der liquiden Mittel stattfindet: 24,8 Mio auf 10,35 Mio € = - 14,45 Mio €.

Dazu muss sogar die Rücklage für die Unterbringung der Asylbewerber angeknabbert werden. Geld, das wir eigentlich gezielt dafür beiseite gelegt haben und benötigen werden. Von den bisher dafür bereitgestellten 6,47 Mio € flüssige Mittel werden dann nur noch 6,09 Mio € übrig sein, knapp 0,4 Mio € müssen in den nächsten Jahren anderweitig aus dem Kreishaushalt hierfür beiseite gelegt werden, wenn sie wieder wie geplant aufgefüllt werden soll. Wir verbrauchen also mehr flüssige Mittel, als wir sollten.

Aber an was liegt das, und was können wir dagegen tun – und können wir überhaupt etwas dagegen tun?

Dass der Erweiterungsbau des LRA 2020 noch mit 12,7 Mio zu Buche schlägt und die Gesamtkosten nun allein für das Gebäude 34 Mio € betragen – dazu kommen noch damit zusammenhängend die Neugestaltung des Innenhofs mit 1,5 Mio und beispielsweise die Beschaffungen inkl. Möbel mit 350.000 € = gesamt also 35,8 Mio € - zwar wie von den FW schon recht früh befürchtet und nun eingetreten – aber geschenkt! Der Bau war sinnvoll und notwendig.

Personalausgaben in Höhe von 45 Mio € sind ebenfalls rekordverdächtig. Doch diesen Ausgaben stehen Aufgaben entgegen, die gesetzlich als Pflichtaufgaben verankert sind oder die aufgrund von gesellschaftlichen Notwendigkeiten überwiegend notwendig sind. Wir tragen das mit.

Fast 72 Mio € sind Ausgaben für Soziales, das ist ein neuer Negativ- Rekordniveau. Und 99 % dieser Ausgaben sind gesetzlich vorgegeben. Unumgänglich. Und das restliche 1 %, das wir selbst ansatzweise in der Hand haben?

Vor genau einem Jahr hatten wir Freien Wähler in unserer Haushaltsrede angeregt, über eine engere Verzahnung von Kindergärten und Eltern nachzudenken, um Familienstrukturen zu stärken und den Eltern Hilfestellung zur Erziehung der Kinder zu liefern. Denn Prävention, eine Aussage, die in unserem Kreis seit jeher von allen mitgetragen wird, ist die wirksamste Form, spätere Sozialausgaben zu vermeiden, vom Gewinn für Elternhäuser und Kinder einmal ganz abgesehen. Dass nun im Zuge der Haushaltsplanberatungen über eine vertiefte Begleitung von Kindergärten hin zu Familienzentren nachgedacht wurde, freut uns deshalb ganz besonders! Insoweit auch von uns kein Einsparvorschlag.

Lediglich dahinter, ob die Stelle Netzwerk international unbedingt nötig war, möchte ich ein dickes Fragezeichen setzen.

Dass wir nun 3 Mio € für die Gesundheitsvorsorge einplanen, ist sinnvoll. Das Klinikum Spaichingen braucht eine Nachnutzung nach der Verlagerung der Geriatrie und der Inneren nach Tuttlingen. Mit Umbaukosten ist zu rechnen.

Dass der Weg bis zur Entscheidung darüber holprig war und das gleiche Ergebnis auch deutlich schneller hätte erreicht werden können, ja, dass dabei die Tragfähigkeit des ansonsten meist vertrauensvollen Miteinanders hier im Gremium aufs äußerste strapaziert wurde, ist eine andere Geschichte und soll einandermal erzählt werden.

Doch auch die für das IGZ erforderlich werdenden Kosten sind sinnvoll und gut angelegt, denn wir alle wissen, dass die ärztliche Versorgung um so wichtiger wird, je älter und je weniger mobil die Menschen werden. Und dass der Landkreis dafür Verantwortung übernimmt, ist richtig. Aus unserer Sicht kann speziell unser Klinikum falls erforderlich dafür eine wichtige Rolle spielen, eine Trennung zwischen Klinikum und IGZ aus rein ideologischen Gründen ist aus unserer Sicht nicht erforderlich, vielmehr sollten alle möglichen Synergieeffekte ausgelotet und genutzt werden.

Positiv ist, dass die jetzige Beschlusslage es sicherstellt, dass die am Standort Tuttlingen nötigen Investitionen am Klinikum durchgeführt werden können. Der Umzug der Altersmedizin und der Inneren Chirurgie nach Tuttlingen machen ein neues Bettenhaus E notwendig. Und auch die Substanz des Klinikums muss immer weiter verbessert werden, deshalb ist es richtig und wichtig, eine Sanierung und Erweiterung der OP-Säle und der Intensivstation ins Auge zu fassen. Zu erwarten ist, dass vom Klinikum dafür rund 25 Mio € netto investiert werden müssen. Den Kreishaushalt trifft das in der Folge in Form eines höheren Defizits, wenn nämlich vom Klinikum die dadurch gestiegenen Abschreibungen erwirtschaftet werden müssen. Doch wir alle haben uns immer wieder dazu bekannt, ein funktionierendes Klinikum und eine gesicherte stationäre medizinische Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger anbieten zu wollen, und dazu gehört eben auch die bauliche Ausstattung.

Um diese Investitionen aber angehen zu können, muss aber auch die Frage des zukünftigen Standorts des Klinikums abschließend geklärt sein. Wir Freien Wähler halten nichts von der Idee, die Standortfrage neu zu diskutieren. Diese Frage ist seit 20 Jahren faktisch entschieden. Zu viele Investitionen sind in den Standort Tuttlingen geflossen. Das kann nicht rückgängig gemacht werden. Es dient niemandem, sich ständig im Kreis zu drehen. Das schafft nur Unsicherheit, in der Bevölkerung und vor allem bei unserem Personal, und tut unserem Klinikum nicht gut. Deshalb schauen wir nach vorne.

Soviel in aller Kürze zum Gesundheitswesen.
Aber – auch hier nichts gespart.

Ehrlicherweise ist zu sagen, dass der ÖPNV eines der wenigen Themen ist, in denen der Kreistag tatsächlich durch strukturelle Entscheidungen in der Lage ist zu sparen. Und diese Möglichkeit sollten wir auch ausnutzen.

Die Kosten des ÖPNV sind durch die Neuausschreibung um 3,8 Mio € pro Jahr gestiegen, ohne dass dem zunächst Mehreinnahmen gegenüberstehen .

Selbstkritisch muss ich anmerken, dass auch wir nicht rechtzeitig interveniert haben, als erkennbar wurde, dass als Folge des beschlossenen Nahverkehrsplans die gefahrenen Buskilometer um 400.000 km/Jahr ansteigen werden.

Doch schon in der letztjährigen Haushaltsrede haben wir darauf hingewiesen, dass der Kreis die zu erwartenden Mehrkosten von 25 % nicht dauerhaft tragen können und dass Anpassungen nach unten, sprich, Einschränkungen im Angebot notwendig sind.

Leider hat sich in dieser Richtung bis heute noch nichts getan. Im Gegenteil, der Ausschuss hat sich vielmehr dafür ausgesprochen, zunächst erst einmal gar nichts zu tun und abzuwarten, bis das Jahr 2020 vorbei ist – wohl wissend, dass Änderungen dann vermutlich erst Ende 2021 greifen dürften. Die Mehrausgaben wären dadurch auf 2 Jahre zementiert. Das muss nochmals überdacht werden, so einfach dürfen wir es uns nicht machen!

Wir wären gut beraten, so schnell wie möglich Abstriche zu machen. Innerhalb des ÖPNV muss genauer unterschieden werden, was Pflicht ist und was die Kür. Schülerverkehr muss funktionieren, das ist selbstverständlich. Aber alles darüber hinaus muss genauer durchleuchtet werden darauf, was Sinn macht und was nicht.

Und hehre Ziele wie das, mehr Menschen in die Busse zu locken, machen nur dann Sinn, wenn sie auch zu spürbaren Mehreinnahmen führen, die die vorher getätigten Mehrausgaben auch decken. Wird dieses Ziel verfehlt, sollte das Angebot dann auch wieder eingeschränkt werden.

Mehr Verbindungen und mehr Busse bedeuten nicht zwangsläufig, dass dann auch mehr Menschen Bus fahren. Genauso kann es passieren, dass sich dann die gleiche Personenzahl auf mehr Busse verteilt und die Busse dadurch leerer werden. Und das Argument, das wir nachher bei der dringend notwendigen Diskussion über die Verkehre in den Schwachlastzeiten hören werden, nämlich dass der Freizeitverkehr Abokarten für die Zeitkarteninhaber attraktiver machen würde, mag zwar aus Kundensicht richtig sein.

Aber ein Schüler oder Berufspendler kauft sich sein Monatsticket nicht deswegen, weil er einmal am Sonntag einen Ausflug auf den Heuberg machen möchte, sondern weil er es schlichtweg braucht und es für ihn sinnvoll ist, und sicher nicht wegen des Freizeitverkehrs. Wir subventionieren die benötigten Zeitkarten ohnehin schon mit Steuermittel. Und wir sind finanziell offensichtlich nicht in der Lage, darüber hinaus auch noch den Freizeitwert durch Steuermittel zu finanzieren, wenn keine Mehreinnahmen gegenüberstehen.

Es gibt speziell auf dem Land wie bei uns auch keinen Automatismus zwischen Mehr an Bussen und Mehr an Fahrgästen, es kann auch irgend wann eine Sättigung der Nachfrage erreicht sein. Die, für die Busse sinnvoll sind oder die aus Überzeugung Bus fahren, haben ihr

Angebot gefunden, und alle anderen fahren sowieso weiterhin Auto, da nützt auch ein Mehr an Bussen nichts.

Also: nicht immer ist Mehr auch wirklich mehr.

Seien wir ehrlich, sagen wir, dass wir uns ein Angebot im jetzigen Umfang nicht leisten können, und suchen wir gemeinsam nach Einschränkungen. Und dabei bieten sich die Rand- und Wochenendzeiten an.

Dieses Thema wird uns sicher noch länger begleiten. Wir haben ja jetzt einen eigenen Mobilitätsausschuss....

Eine Idee bringen wir Freien Wähler schon seit längerem ein, leider bislang noch ohne Erfolg: wenn wir Angebote in den Randzeiten außerhalb des Schülerverkehrs, nachts und am Wochenende, ausdünnen, dann könnte man dafür Ersatzangebote schaffen: Ruftaxis, die die Gebühren von Tutticket haben. Für den Kunden wäre die Fahrt also kostenneutral oder nicht teurer als ein Busticket, und es wäre sogar noch komfortabler, weil das Taxi ihn direkt bis nachhause fahren könnte. Und der Taxifahrer könnte die Differenz zwischen Tutticket-Tarif und den tatsächlichen, vereinbarten Fahrtkosten im Anschluss direkt mit dem Kreis abrechnen. Dies wäre mit Sicherheit deutlich günstiger als unsere leeren Geister-Busse, die nachts über den Heuberg schleichen....

Es gibt also noch zu tun. Aus Verantwortung für den Umgang mit dem uns anvertrauten Steuergeld und aus Gründen der Generationengerechtigkeit sehen wir die Notwendigkeit, eine der wenigen Möglichkeiten, die wir überhaupt haben, zu nutzen, und beim ÖPNV zu sparen.

Und nun nähere ich mich dem Thema, bei dem die Verwaltung sicher wie immer wieder ganz genau zuhören wird, der Kreisumlage.

Die Mehreinnahmen des Landkreises betragen bei gleichbleibendem Hebesatz: + 8,8 Mio €, insgesamt 77,4 Mio € - Rekord!

Die Kreisumlage ist also höher wie die Sozialausgaben, die mit 72 Mio € veranschlagt sind. In der Vergangenheit galt immer die Richtschnur, dass die Umlage die Soziallasten auffangen sollte. War dies erreicht, so war die Finanzierung des Haushalts gesichert, und eigentlich müsste ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden.

Nach dieser Logik früherer Jahre wäre also eine Senkung der Kreisumlage problemlos möglich.

Nun ein Rechenexempel:

Vorschlag des Kämmerers:

Beibehalt der Kreisumlage bei 32 % →	+ 8,8 Mio € Mehreinnahmen,
abzgl. höherer Finanzausgleich	- 2,67 Mio
Abzgl. Mehrkosten ÖPNV	- 4,2 Mio
Abzgl. Betriebskostenzuschuss Klinikum	- 1 Mio
Abzgl. Erhöhung Sozialetat	- 2,5 Mio €
Summe Mehrausgaben:	- 10,37 Mio €
→ Weniger verfügbar:	- 1,57 Mio €

Fazit: Mehreinnahmen von 8,8 Mio sind bei weitem aufgezehrt, hieraus kein Spielraum zur Senkung der Kreisumlage.

Und was sollen wir mit den guten Ergebnissen der letzten beiden Jahre 2018 + 2019 tun?

Überschuss 2018: 6,6 Mio

Überschuss 2019: 1,7 Mio

Und trotzdem sinkt die Liquidität sinkt bis Ende 2020 auf den Mindeststand ab und wir müssen, wie dargestellt, sogar die Rückstellungen für Asylbewerber angreifen. Das heißt, auch aus den Überschüssen der vergangenen Jahre können wir keinen Honig für eine Senkung der Kreisumlage saugen.

Und wir haben in den nächsten Jahren noch viel vor:

Elektrifizierung Ringzug + neue Haltestellen, Klinikgebäude, Schulen + Werkstätten und anderes.

Und zugleich sind die Einnahmesätze im Haushalt eher optimistisch angesetzt, z. B.

Grunderwerbsteuer, die bei einer schwächeren Konjunktur durchaus auch einbrechen kann, zugleich sind die Ausgaben z.B. Personalbereich sehr optimistisch, also knapp bemessen.

Eigentlich sollten geplante Ausgaben auch der Stellensituation entsprechen, und es sollten alle ausgewiesenen Stellen auch finanziert sein, hier sind aber 2 Mio € zu wenig eingeplant.

Und so gäbe es noch einiges mehr.

Die genannten steigenden Ausgaben sind überwiegend strukturell bedingt und werden sich deshalb in den nächsten Jahren fortsetzen. Deshalb muss hier dringend daran gearbeitet werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Situation in den nächsten Jahren nicht einfacher wird. Der Kreis braucht die Mehreinnahmen aus der Kreisumlage dringend.

Zugleich formulieren wir an dieser Stelle das Ziel, dass die Mehrkosten im ÖPNV von 3,8 um mindestens 1,5 Mio € gesenkt werden müssen. Dies kann uns für das Jahr 2021 die Luft verschaffen, entweder um dann die Kreisumlage um 0,5 %-Punkte zu senken oder um zumindest um diesen Betrag nicht anheben zu müssen.

Für das Jahr 2020 sehen wir aber keinen Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage. Wir unterstützen somit den Vorschlag der Verwaltung, die Kreisumlage bei 32 % zu belassen.

Abschließend bleibt mir nun nur noch, mich im Namen der Fraktion der Freien Wähler zu bedanken.

Mein Dank gilt vor allem Ihnen, Herr Landrat Bär, für die gute, konstruktive und immer vertrauensvolle Zusammenarbeit das ganze Jahr über, im gemeinsamen Interesse für unseren Landkreis Tuttlingen und seine Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig möchte ich Ihnen im Rückblick auf das vergangene Jahr nochmals zu dem äußerst professionellen, souveränen und gleichzeitig verständnisvollen Umgang mit dem schwierigen Thema Klinikum gratulieren. Das haben Sie ganz hervorragend gemeistert!

Ein herzliches Dankeschön auch Ihnen, Herr Kreiskämmerer Bernhard, und Ihrem Team für die Erstellung des HH-Plans 2020, und gleichzeitig auch für die transparente Darstellung unserer Haushaltslage im Zuge der Haushaltsplanberatungen und die vertrauensvolle und ehrliche Zusammenarbeit.

Und mein Dank gilt Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, für das auf der persönlichen Ebene sehr angenehme, respektvolle und gute Miteinander das ganze Jahr hindurch. Wir sehen wir dem Jahr 2020 zuversichtlich entgegen, und ich wünsche uns allen frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr, vielen Dank!